

Hörgeräte Preisüberwacher hat Zweifel an neuem Vergütungssystem für Hörgeräte

Bern (sda) Der Preisüberwacher bezweifelt „ernsthaft“, dass das neue Vergütungssystem für Höregeräte zu tieferen Preisen führt. Die Pauschalen, welche der Bund per Juli 2011 einführen will, werden gemäss Stefan Meierhans nicht zu mehr Wettbewerb führen.

Personen mit einer Hörbehinderung sollen neu direkt von der IV oder AHV eine Pauschale erhalten. Sie sind frei im Entscheid, welches Hörgerät sie wo kaufen wollen. Auch Bezüge aus dem Ausland sollen möglich werden. Das Bundesamt für Sozialversicherungen hofft, auf diese Weise die Preise zum Sinken zu bringen.

Eine Hoffnung, die der Preisüberwacher nicht teilt, wie die „Berner Zeitung“ und das „Bieler Tagblatt“ am Freitag meldeten. So schreibt Meierhans in seinem aktuellen Newsletter, dass die Versicherten nicht eigenständig das Preis-Leistungsverhältnis abwägen könnten.

Die Versicherten würden auch in Zukunft auf die Beratung der Akustiker angewiesen sein. Diese seien daran interessiert teure Geräte zu verkaufen, weil sie an diesen mehr verdienen. „Auch mit diesem neuen System kommt es auf Grund der Informationsasymmetrie zwischen Verkäufer und Kunde zu einem Marktversagen“, heisst es im Newsletter.

Der Staat soll einkaufen

Meierhans macht sich für ein anderes Modell stark: Der Staat soll die Hörgeräte mittels öffentlicher Ausschreibung selber beschaffen. Dieses System sieht auch die 6. Revision der Invalidenversicherung vor – allerdings nur, wenn kein anderes Vergütungssystem Erfolg zeigt.

Heute gelten Höchstbeträge für Hörgeräte je nach Grad der Behinderung. Sie sind in einem Tarifvertrag mit den Akustikerverbänden geregelt. Weil die neuen Pauschalen deutlich tiefer liegen werden als die Höchstbeträge, rechnet der Bund mit Einsparungen von 30 Millionen Franken jährlich

(SDA-ATS/rz/fy/vr)